

Gegen Krieg und Aufrüstung. Verweigert (Euch) *

von Tobias Pflüger

Am 24. Februar begann der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Auf Befehl von Wladimir Putin marschierten russische Truppen in der gesamten Ukraine ein. Seither findet ein schlimmer Krieg in der Ukraine mit vielen Ziviltoten statt. Städte und Dörfer werden zerstört, heftige Gefechte finden statt. Millionen Menschen fliehen, tausende Menschen starben. Und die Kämpfe dauern seither ununterbrochen an. Kriegsverbrechen finden statt in der Ukraine, täglich.

Hat sich nun die politische Situation - auch hierzulande grundlegend geändert?

In der Grundsatzklärung der ältesten Friedensorganisation in Deutschland (DFG-VK – "Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen") ist festgehalten, dass Krieg ein Verbrechen an der Menschheit ist und wir daher entschlossen sind keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Ich bin der festen Überzeugung, das gilt auch in Bezug auf diesen Krieg, diesen Krieg, den Russland auf Befehl von Wladimir Putin begonnen hat, ein Krieg der eindeutig völkerrechtswidrig ist. Ja, dieser Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ja, der Krieg ist näher zu „uns“ gekommen. Nein, es ist nicht das erste mal ein Krieg in Europa, da wird immer vergessen, dass es u.a. Kriege auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren gegeben hat, auch mit Beteiligung der Bundeswehr, auch völkerrechtswidrige.

Sehr viele Geflüchtete aus der Ukraine kommen jetzt auch nach Deutschland. Es ist gut, dass sie mit Hilfe vieler Freiwilliger aufgenommen werden. Plötzlich ist es möglich, dass sich Geflüchtete frei ihren Flucht-Zielort herausuchen dürfen, gut so, 2015 war dies angeblich nicht möglich. Geflüchtete sollten nicht nach Hautfarbe an der Grenze oder bei der Aufnahme unterschieden werden, das geschieht aber gerade leider viel zu oft.

Was kann getan werden, dass der Krieg endet? Zentral ist, **dem Krieg die Menschen zu entziehen**. Ich bin froh über jeden, der nicht kämpfen (muss). Ja, und Menschen, insbesondere russische Soldaten, die desertieren, sollten ebenfalls hierzulande aufgenommen werden. Bisher ist es nur unter schwierigsten Bedingungen möglich, dass desertierende (russische) Soldaten hierzulande Asyl bekommen. (1)

Es wird eher ein Auge zugedrückt, wenn jetzt Bundeswehrsoldat/inn/en oder Neonazis oder Abenteurer als Söldner zum kämpfen in die Ukraine gehen, auch dies ist unverantwortlich. Auf russischer Seite müssen offensichtlich auch (sehr junge) Wehrpflichtige kämpfen, auf ukrainischer Seite gibt es ein Ausreiseverbot für kampffähige Männer. Dem Krieg die Menschen entziehen, das ist oder wäre richtig.

Deutschland unter der Ampelkoalition und die EU geben derzeit Milliardenwerte für Waffen an die Ukraine oder liefern direkt umfangreich Waffen dorthin. Öffentlich soll darüber nicht geredet werden. Mehr Waffen sorgen für mehr kriegerische Situationen, für mehr militärische Auseinandersetzungen. Waffen zirkulieren immer in Kriegen, auch zwischen den Kriegsparteien. Waffenlieferungen sind Öl ins Feuer.

„Der Westen“ verkündet Sanktionen um Sanktionen, dabei ist interessant, was plötzlich geht, wenn es gegen „russische Oligarchen“ geht. Thomas Piketty hat darauf hingewiesen, dass mit einem internationalen Finanzregister es viel zielgerichteter möglich wäre Reiche

und Profiteure zu treffen, das ist aber wegen der westlichen Reichen nicht gewollt. So treffen nun viele der Sanktionen die einfache russische Bevölkerung hart.

In Russland stehen Menschen gegen den Krieg auf, obwohl es härteste Repressionen gibt. Lasst uns diese Menschen unterstützen, ihnen gilt unsere Solidarität. Und wir müssen auch klar gegen russophobe Handlungen und Agieren hierzulande Stellung beziehen.

Nach dem Schock über den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar folgte der zweite Schock, der sich noch lange innenpolitisch auswirken wird. Bundeskanzler Olaf Scholz verkündete am 27. Februar, ohne dass das zuvor die Ampelkoalitions-Abgeordneten (detailliert) wussten, ein Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 (!) Milliarden Euro und ein jährliches Einhalten des 2 % Ziels der NATO. **Ein noch nie dagewesene Aufrüstung.** Eine Verdreifachung der Militärausgaben. Ein Goldsegen für die Rüstungsindustrie. Alle Projekte, die wir mit Druck oder Vereinbarungen verhindern oder aufhalten konnten, von der Bewaffnung der Drohnen bis zum Kauf der extrem teuren F-35 Nuklearbomber wurden mit einem Handstreich verkündet, ist sind in diesen beiden Fällen nun schon entschieden.

Es ist die Aufgabe von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis nun gegen diesen Aufrüstungskurs zu kämpfen. Ja, vieles müssen wir wieder von ganz vorne anfangen. Ich befürchte, dass wieder - wie beim NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 - ein ganzes (rot-grünes) Milieu auf den Kriegs- und Aufrüstungskurs mitgenommen werden soll oder schon wird. Dem müssen wir entgegen wirken.

Ist die NATO nun „gut“? Nein, natürlich nicht. Die NATO-Osterweiterung war bestimmt nicht friedensstiftend. Die NATO ist und bleibt ein Kriegsführungsbündnis. Wir sollten natürlich bei unserer Kritik an der NATO-Politik festhalten. In der NATO gibt es die höchsten Militärausgaben weltweit. Jede angeschaffte Waffe wird später exportiert, auch in Kriegs- und Krisengebiete. Auch die Hofierung mit Waffenlieferungen oder Energieabnahmen von „Verbündeten“ wie der Türkei oder Katar bleibt falsch. Atomwaffen und Atomkraftwerke bleiben auch weiterhin völlig unverantwortlich und gefährlich.

Die politische Auseinandersetzung ist härter geworden, aber sie wird hierzulande nicht unwesentlich darum gehen, ob und wie (genau) diese 100 Milliarden Euro für die Rüstungsindustrie und Bundeswehr ausgegeben werden und welche (finanz)-politischen Prioritäten insgesamt gesetzt werden. Wir haben viel zu tun!

Gegen Krieg und Aufrüstung. Verweigert (Euch)!

(1) Unklarer Umgang mit russischen Deserteuren, Schwäbische Zeitung, 06.03.2022

* Ein Text von Mitte März, leicht redaktionell ergänzt insbesondere um die Entscheidungen für die Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen zur Veranstaltung der Ökumenischen Erwachsenenbildung Freiburg am 07.04.2022